



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die Preußen und der Nationalverein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Preußen und der Nationalverein.

Drohend hängen in den ersten Tagen des neuen Jahres die Wetterwolken an dem politischen Himmel Deutschlands. Es ist kaum ein Zweifel mehr, daß die Delegirtenfrage zu größern Conflicten zwischen Preußen und dem östreichischen Bunde führen wird, als jene waren, welche mit dem Tage von Olmütz endigten. Was von den Plänen der Majorität zu Frankfurt und von den Entschlüssen des Ministeriums Bismarck in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, läßt erkennen, daß beide Theile entschlossen sind, Ernst zu machen. Auch an den auswärtigen Höfen, welche in dem letzten Jahre den Ereignissen in Berlin und seit längerer Zeit den Sitzungen der Bundesversammlung keine hochachtungsvolle Aufmerksamkeit angedeihen ließen, beginnt man, wie es scheint, die Gefahr zu würdigen, welche aus dem Innern Deutschlands gegen den Frieden Europas heraufsteigt.

Vielleicht genießt keiner der beiden feindlichen Gegenseite den Vorzug eines sichereren Entschlusses und einer überlegenen Kraft. Alter Groll hat sich bei beiden zu politischer Feindseligkeit verhärtet. Aber die Würzburger haben zwei Jahre lang heimlich Preußens junge Kraft gefürchtet, sie wollen die gegenwärtige Schwäche des Staates benutzen, sich dafür schadlos zu halten; und Oestreich sucht den Tag, wo es seinen alten Rival gründlich demüthigen kann. Schon deshalb sind die Angreifenden im Vortheil, wenigstens sind ihnen die nächsten Zielpunkte und ihre Mittel klar.

Die Hoffnung aber ist irrig, daß der Widerspruch Preußens und Badens einen Majoritätsbeschluß der Bundesversammlung in der Delegirtenfrage hindern werde. Im Gegentheil ist der ganze Angriff ein wohl-erwogener Plan, darauf berechnet, Preußen zu den falschen Schritten zu verleiten, welche die Person des unternehmenden Ministerpräsidenten für die Gegner sehr wahrscheinlich macht. Mit unverhohlener Freude muß der Bericht-erstatter der Bundesversammlung sehen, wie sich das preußische Gouvernement in dem ausgedehnten Netz verwickelt.

Denn, um früher Gesagtes zu wiederholen, nach Allem, was durch die Federn der preußischen Regierung für die Oeffentlichkeit geschrieben worden ist, und nach der Stimmung in dem regierenden Kreise Berlins ist es zweifellos,

daß Preußen sich nicht begnügen wird, der Bundesversammlung einen kalten Diffens zugehn zu lassen, sondern daß Herr v. Bismarck entschlossen ist, diese Frage zu einem Ableiter für die innere Unzufriedenheit der Preußen zu benutzen. Preußen wird seinen Austritt aus dem Bunde erklären.

Es ist vorauszusehn, daß diese in der gegenwärtigen Lage unheilvolle Maßregel nicht mit ruhigen Worten erfolgen wird, es ist sicher, daß Preußen, welches nicht isolirt in Deutschland stehn kann, genöthigt ist, seine Nachbarn mit sich gegen den Bund zu vereinigen; es ist ebenso sicher, daß kein einziger deutscher Staat ungezwungen mit der gegenwärtigen Regierung Preußens sich zu einem Gegenbund vereinigen wird. Und deshalb macht die Sachlage unzweifelhaft, daß Herr v. Bismarck es darauf wagen will, die Nachbarn Preußens nöthigenfalls mit Gewalt zu solchem Bündniß zu zwingen.

Nun wäre ziemlich gleichgültig, welche Projecte ein planvoller Minister Preußens in der gegenwärtigen Situation hegt, wenn er auf verfassungsmäßigem Wege seine Projecte der Majorität des Abgeordnetenhauses annehmbar machen will; wenn er also vor dem Beginn eines offenen Conflictes um die nöthige Geldbewilligung nachsucht. — Aber nicht umsonst ist ein erbitterter Kampf mit der Majorität der Volksvertretung geführt worden. Was hindert die Regierung, welche bei fortgesetztem Widerstand der Volksvertreter ohne Budget zu regieren entschlossen ist, sich auch über diese parlamentarischen Bedenken wegzusetzen? Im Nothfall reichen für die erste Mobilisirung die im Staatsschatz vorhandenen fast 20 Millionen aus. Steht das Heer in Waffen, ist der Gegensatz zu den andern Mächten des Bundes bis auf eine Spitze getrieben, von welcher keine Umkehr möglich ist, dann ist immer noch Zeit, mit der Volksvertretung zu verhandeln. Beharrt diese auch in solchem Fall bei unpatriotischer Verweigerung, so ist der äußerste Fall eingetreten, von dem schon lange die Rede war, man wird auf Grund einer andern Volksvertretung, im Nothfall vielleicht sogar durch Provinzialstände die Mittel zu einer Machtentwicklung nach Außen herbeizuschaffen unternehmen.

Ob das Alles gelingen wird, ist jetzt gleichgültig. In welchem Stadium der Ausführung ein solcher Plan durch Bedenken der Krone gekreuzt werden wird, ist ebenfalls nicht vorauszusagen. Unzweifelhaft ist man auch an entscheidender Stelle gegenwärtig zu dem entschlossen, was man gern Action und Kraftentwicklung nennt. Und die Bedenken werden erst dann eintreten, wenn es zu spät sein wird, und der Staat in der ungewöhnlichsten Weise in eine unerhörte Gefahr gebracht ist.

Das sind die trüben Aussichten, mit denen die preussische Partei das neue Jahr heraufsteigen sieht. Und deshalb drängt sich gebieterisch die Frage auf, was vermag das preussische Volk, und was vermögen die Einzelnen zu thun, um solche Gefahr abzuwenden?

Die erste Hoffnung ruht auf der Majorität des Abgeordnetenhauses. Nie war den Volksvertretern in Preußen eine so hohe und schwere Aufgabe gestellt. Sie haben vor einer Lebensfrage, die in das Gebiet der großen Politik fällt, innerhalb der Schranken, welche ihnen das Gesetz auflegt, den Volkswillen mit einer Energie geltend zu machen, welche der Regierung imponirt, mit einer Weisheit, welche die Ehre und den Vortheil Preußens auch gegen Mitglieder der Regierung vertheidigt. Es ist möglich, daß viele Liberale Preußens in früheren Jahren für vortheilhaft gehalten haben, daß Preußen den Bund aufgebe. Möge jetzt die Ueberzeugung jedem die Seele füllen, daß die gegenwärtige Situation einen solchen Schritt zu dem unheilvollsten aller möglichen Auskunftsmitel macht. Die bestehende Regierung muß von jeder Maßregel abgehalten werden, welche einen gewaltsamen Entschluß zur Folge hat. Die deutsche Sache darf nicht während der jetzt leider offenkundigen Schwäche Preußens Gegenstand diplomatischer Verhandlungen werden. Denn die deutsche Frage ist keine Streitfrage, welche zwischen den deutschen Regierungen in dem gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung durch Waffengewalt ausgekämpft werden darf.

Es ist überhaupt keine Frage der Cabinete, und wir gestehen keiner Regierung, auch der preussischen nicht, das Recht zu, über die Zukunft der deutschen Nation, ohne die thätige Mitwirkung und ohne die freudige Beistimmung derselben zu entscheiden. Allerdings ist es möglich, ja wahrscheinlich, daß einmal blutige Waffenarbeit dem innerlich fertigen Werk die letzte Rechtfertigung geben muß. Aber von dieser letzten Entscheidung ist das deutsche Volk und der preussische Staat jetzt weiter entfernt als seit Jahren. Viel Terrain ist verloren worden, große Rückschritte sind gemacht, voraussichtlich ist noch ein langer Weg zu durchlaufen. Erst wenn durch den Zwang der Interessen und durch lebendige Theilnahme des Volkes die Einheitsidee so weit durchgebildet ist, daß sie gebieterisch ihre Gestaltung fordert, erst wenn die Sympathien der Völker Verbündete der preussischen Waffen werden, ist ein Kampf gegen die Feinde der deutschen Einheit möglich. Denn nur dann ist möglich, die große Frage hoch über die Interessen auswärtiger Cabinete und die Einmischung der Diplomatie hinauszuhoben. Wenn die deutsche Nation sich zu vereinigen entschlossen ist, so wird jede auswärtige Regierung den Enthusiasmus einer Nation von 36 Millionen scheuen, wenn Preußen mit den Waffen in der Hand Vergrößerung sucht, wird nicht nur das Ausland über die anspruchsvolle Schwäche herfallen, auch die Deutschen werden feindselig auf diesen Versuch einer verhassten Regierung blicken.

Ein Großpreußen ist in diesem Augenblick nicht mehr möglich, weil es ohne demüthigende Concession an das Ausland nicht mehr durchführbar ist, und weil es die Zweitheilung der deutschen Staaten, zu denen wir Oestreich nicht rechnen, im besten Fall zu verewigen droht.

Diese naheliegenden Betrachtungen werden hier deshalb aufgeführt, weil sie die allgemeine Ansicht der preussischen Partei außerhalb Preußen formuliren. Wollte die preussische Opposition einen andern Standpunkt einnehmen, so würde auch sie mit den Ueberzeugungen ihrer Parteigenossen in Deutschland in einen scharfen Conflict kommen. Es ist aber nicht zu besorgen, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses die Sachlage irgend anders ansieht. Möchten auch die Mitglieder der altliberalen Partei sämmtlich die Ueberzeugung festhalten, daß jetzt keine Zeit ist, in Deutschland ein specifisches Preußenthum geltend zu machen.

Das preussische Abgeordnetenhaus wird sich aber nicht damit begnügen, gegenüber jeder außerordentlichen Creditforderung für militärische Rüstungen diesen Standpunkt zu vertreten. Es wird gleich nach seiner Einberufung die Pflicht zu erfüllen haben, dem König über die Stellung seiner Regierung zum Volke und zu Deutschland ehrfurchtsvoll und loyal die volle und unverbräunte Wahrheit zu sagen. Und es ist keine gewöhnliche Adresse, welche das Haus diesmal an seinen Monarchen richtet, es ist der letzte Versuch, den ein treues Volk macht, die Kluft auszufüllen, welche sich zwischen der Krone und den Bedürfnissen der Nation geöfnet hat. Welche Wirkung diese Adresse auch auf die Person des Königs ausüben mag, sie ist nothwendig vor den Preußen selbst und vor dem übrigen Europa, denn die gute Meinung auch des Auslandes ist eine Macht, welche kein Volk für seine Kämpfe entbehren kann. Und eine solche Adresse würde die Aufgabe haben, die Verwüstung, welche das gegenwärtige System in der Kraft und in der Anhänglichkeit des Volkes bewirkt, nach allen Seiten darzustellen, ferner aber die verhängnißvolle Lage, in welche Preußen auch Deutschland gegenüber gekommen ist. Sie würde hervorheben, daß die Gegner am Bunde leider Recht haben, wenn sie erklären, daß die fortdauernde schwache Negation Preußens dasselbe in eine unhaltbare Stellung gebracht habe, daß Preußen der Concentration deutscher Kraft mehr bieten müsse, als eine Delegirtenversammlung, daß dies nur bei einem liberalen Regierungssystem möglich sei, daß die deutsche Politik des gegenwärtigen Ministeriums Preußen zu verderben, Deutschland zu theilen drohe.

Hat diese Adresse nicht die versöhnende Wirkung, welche das Volk ersehnt, so wird sie Grundlage und Ausgangspunkt werden für ein neues Stadium, in welches der Verfassungskampf von da an tritt. Und die Vertreter des Volkes, gegenwärtige und neu zu wählende, mögen vertrauen, daß dieser Streit mit einem Siege der Vernunft und mit einem großen Fortschritt in der Entwicklung des Staates enden wird, wenn sie als Männer ihre Pflicht thun, fest und einig.

Jetzt aber ist auch die Zeit, wo jeder Einzelne in seinem Kreise für das

Interesse seines Vaterlandes zu arbeiten hat. Keine Ungefährlichkeit, welche gegen ihn oder in seiner Nähe geübt wird, soll er schweigend ertragen. Jeder Uebergriß der Administrativbeamten muß von den politischen Männern des Wahlkreises überwacht und auf der Stelle zurückgewiesen werden. Jeder soll jetzt mit seinen politischen Gesinnungsgenossen fest zusammenhalten. Wo die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht, helfe die Vereinigung.

Wer noch nicht Mitglied des Nationalvereins ist, für den ist jetzt Zeit einzutreten. Gerade die Preußen sind als Mitglieder dieser großen Partei unentbehrlich. Noch sind es erst 20,000 Deutsche, welche in ihm einen Sammelpunkt für ihre politische Thätigkeit gefunden haben; aber er ist dennoch bereits eine Macht geworden, welche im westlichen Deutschland die Majorität der Kammern besetzt, einen großen Theil der liberalen Intelligenz des Volkes vereinigt. Er ist jetzt, wo die preussische Regierung gänzlich außer Stande ist, dem Wesen ihres Staates Freunde zu erwerben, der einzige einflußreiche Vertreter desjenigen Preußens, welches wir Alle ersehnen, die einzige Autorität, welche im Volke den Fortschritten der österreichischen Partei und den noch gefährlicheren Fortschritten eines demokratischen Pessimismus siegreich Widerstand leistet. Gegen die Zuchtlosigkeit der Geister im Volke, wie gegen die Willkürherrschaft der Regierungen ist er uns jetzt eine schützende Kraft geworden. Und seine Führer, welche in den Ständeversammlungen ihrer engeren Heimath für den Handelsvertrag und die Fortdauer des Zollvereins kämpfen, sind zugleich unermüdlich thätig, in größern und kleinern Versammlungen den Widerstand des Volkes in der Delegirtenfrage in gesetzlichen Bahnen zu leiten. Größer und schwerer wird ihre Aufgabe, seit die Reaction in Preußen zur Herrschaft gelangt ist. Wie fest und zuversichtlich diese Männer auf ihrem Princip stehen mögen und wie wenig ihr Vertrauen zu der Tüchtigkeit des preussischen Volkes erschüttert sein mag, sie brauchen gerade jetzt die warme und hingebende Unterstützung Aller, denen die Ehre und der gesetzliche Fortschritt in Preußen am Herzen liegt. Und deshalb ist beim Beginn des Jahres 1863, hundert Jahre, nachdem ein Hohenzollern Preußen zu einem ansehnlichen Staat gemacht hat, fünfzig Jahre, seitdem das dankbare Volk einem andern Hohenzollern den Staat, den er sich verloren, wiederhergestellt hat, deshalb ist gerade jetzt für den einzelnen Preußen die Zeit gekommen, wahre Loyalität seinem Königsgeschlecht, Verständniß der großen Aufgabe seines Staates dadurch zu erweisen, daß er dem Nationalverein beitrith.

♀